

OA-Update 2023/01 | Stand: 09. Januar 2023

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wünschen Ihnen noch einen guten Start ins Jahr 2023. Möge es friedlich werden und uns alle im positiven Sinne überraschen!

Im ersten Sanktions-Update des neuen Jahres zeichnen wir die wichtigsten Entwicklungen seit dem 20. Dezember nach. Kurz vor Weihnachten hatten sich die EU-Energieminister noch auf einen Preisdeckel für Erdgas geeinigt. Dieser könnte ab dem 15. Februar 2023 bei einem Preis von 180 Euro pro Megawattstunde wirksam werden. Dies ist aber noch an eine Reihe von Voraussetzungen gekoppelt. Aktuell werden an der Börse nur 66 Euro aufgerufen, der milde Winter und starke Einsparungen machen es möglich, sodass die Bundesnetzagentur für eine Gasmangellage bereits Entwarnung gegeben hat. Seit dem 1. Januar beziehen Deutschland und Polen kein Rohöl mehr aus Russland über die Druschba-Pipeline. Dies ist eine freiwillige Maßnahme, die über die EU-Sanktionen hinausgeht. Der bereits im Dezember in Kraft getretene EU-Preisdeckel auf russische Rohöllieferungen per Schiff wird am 5. Februar auf verarbeitetes Öl ausgeweitet. Die EU hat unter anderem dazu einige Bestimmungen des neunten Sanktionspaketes näher erläutert. Russland wiederum hat angekündigt, ab dem 1. Februar kein Öl mehr in Länder zu liefern, die den Preisdeckel umsetzen. Zudem wurden zum Jahreswechsel einige neue Bestimmungen unter anderem zur Auszahlung von Dividenden erlassen. Die deutschen Importe aus Russland gingen derweil im Vergleich mit November 2021 um 56 Prozent zurück, die deutschen Lieferungen nach Russland sanken um 53 Prozent. Mehr zu diesen und weiteren Themen lesen Sie in diesen Rubriken:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Entwicklung des Osthandels im November

Im Vergleich zum November 2021 stieg das Handelsvolumen mit den 29 Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens im November 2022 wertmäßig um fast 5 Prozent. Dabei wuchsen die deutschen Ausfuhren in die Region (+6 Prozent) erstmals in diesem Jahr stärker an als die Einfuhren (+4 Prozent). Für die Rückgänge auf der Importseite haben vor allem der nachlassende Energiepreisanstieg und die stark rückläufigen Einfuhrmengen aus Russland gesorgt. Die deutschen Importe aus Russland gingen im Vergleich mit November 2021 um 56 Prozent zurück, die deutschen Lieferungen nach Russland sanken um 53 Prozent. Auch die deutschen Ausfuhren in die Ukraine sanken um 29 Prozent, hingegen stiegen die Einfuhren aus der Ukraine um eindrucksvolle 17 Prozent. Der Abbau von Handelshemmnissen durch die EU wirkt sich offenbar positiv auf den ukrainischen Export aus.

Die Einbußen im Export nach Russland und in die Ukraine wurden durch zweistellige Exportsteigerungen in wichtige Absatzmärkte wie Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Kasachstan mehr als wettgemacht: Der Handel mit Polen und Tschechien, den mit Abstand wichtigsten Osthandelspartnern, kletterte im November jeweils um rund zwölf Prozent. Erhebliche Zuwächse gab es bei Exporten nach Zentralasien und in den Südkaukasus. Diese Regionen profitieren weiterhin von einer Umorientierung von Lieferketten sowie einem Zuzug von Flüchtlingen aus Russland.

Insgesamt lag der deutsche Außenhandel in den ersten elf Monaten 2022 um 13 Prozent über den Zahlen von Januar bis November 2021. Dabei stiegen die Einfuhren wertmäßig fast doppelt so stark (+ 17 Prozent) wie die Ausfuhren (+ 9 Prozent). Bis einschließlich November lag der deutsche Handelsumsatz mit der Region insgesamt bei 519 Milliarden Euro und übertraf damit bereits das Ergebnis des gesamten Vorjahres (502 Milliarden Euro). Zu dieser Entwicklung trug allerdings der Preisaufrtrieb bei Energieträgern, Rohstoffen und anderen Gütern maßgeblich bei. Die Zahlen für das Gesamtjahr 2022 werden Anfang Februar veröffentlicht.

[Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Bilanz 2022 - Michael Harms im Interview

Am Jahresende 2022 zog Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland RND eine Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung. Trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Unsicherheit, vor allem im Russland-Geschäft, ist es der deutschen Wirtschaft gelungen das Handelsvolumen mit den 29 osteuropäischen Partnerländern um fast 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf rund 469 Milliarden Euro zu steigern. Insbesondere der Handel mit Zentralasien, Polen und der Ukraine habe sich stark

entwickelt, sagt Harms. Positiv sei die Resonanz auf den neu eingerichteten „Service-Desk Ukraine“. Für das Geschäftsjahr 2023 könne man mit einer weiteren Steigerung des Osthandels um sieben Prozent rechnen, prognostiziert Harms.

Hier der vollständige Artikel:

[Trotz Ukraine-Krieg: Deutscher Handel mit Ländern im Osten nimmt zu \(rnd.de\)](#)

Ost-Ausschuss-Newsletter

Anfang Januar ist der aktuelle Newsletter des Ost-Ausschusses mit einer Übersicht zu den Aktivitäten im Dezember und einem Ausblick auf anstehende Termine erschienen. Den Newsletter können Sie hier abonnieren. Dort finden Sie zudem die zuletzt erschienen Ausgaben.

[Newsletter | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

70 Jahre in 70 Bildern - Ost-Ausschuss-Bildband zum Download

Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck haben ihn schon: Anlässlich des 70. Geburtstags des Ost-Ausschuss ist im Dezember 2022 ein Bildband mit 70 Bildern und Geschichten aus 70 Jahren erschienen, den die Gäste der Geburtstagsveranstaltung am 12. Dezember als Erinnerung erhielten (hier der Bericht: [„Eine gute Zeit für neuen Pioniergeist“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.](#)) Der Bildband kann beim Ost-Ausschuss bestellt werden und ist zudem auch als kostenloser Download verfügbar:

[70 Jahre Ost-Ausschuss in 70 Bildern | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Service Desk Ukraine: Nothilfe und Wiederaufbau

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine hat der Ost-Ausschuss im Sommer 2021 einen Service Desk Ukraine eingerichtet. Dieser setzt mit Unterstützung von Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses auch 2023 seine Arbeit fort. Die Koordination läuft über Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de

[Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Aufgrund der fortgesetzten Zerstörung der (Energie)-Infrastruktur in der Ukraine bittet die ukrainische Regierung um Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft. Alle Infos dazu stehen im neuen Ost-Ausschuss Update Recovery Ukraine:

[03_UpdateRecoveryUkraine_3-Last.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

2. Deutschland

Kein Rohöl mehr aus Russland

Deutschland hat zu Jahresbeginn alle Rohölimporte aus Russland gestoppt. Grund ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit dem 5. Dezember galt bereits ein EU-Embargo gegen russisches Öl, das per Tanker kommt. Nun folgte auch der Verzicht auf Lieferungen über die Pipeline Druschba. Die ostdeutschen Raffinerien in Schwedt in Brandenburg und Leuna in Sachsen-Anhalt müssen deshalb die Bezugsquellen umstellen. Der Bund und das Land Brandenburg halten die Versorgung trotzdem für gesichert, wie Spiegel-Online berichtet.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, sieht demnach den Wandel sogar als Chance. Dafür gebe es zusätzliche öffentliche Investitionen von mehr als einer Milliarde Euro, sagte der SPD-Politiker. „Wir lösen damit Ostdeutschland aus der Abhängigkeit Russlands und vollziehen ein weiteres Stück Deutsche Einheit.“

Ab Anfang Februar will die Europäische Union auch keine verarbeiteten Produkte wie Diesel oder Kerosin mehr aus Russland beziehen. Zudem will die EU einen Preisdeckel für Öl durchsetzen, das Russland an Drittstaaten wie Indien oder China liefert. Moskau verbietet im Gegenzug zum 1. Februar den Verkauf von Öl an Länder, die den Preisdeckel beschlossen haben. Davon ist Deutschland wegen des eigenen Verzichts nicht betroffen.

In Ostdeutschland gibt es Sorgen, dass das russische Öl nicht vollständig ersetzt werden könne. Die Druschba-Pipeline war seit Anfang der 1960er-Jahre Hauptversorgungslinie für die Raffinerien in Leuna und Schwedt (PCK). Nun soll PCK (etwa 1200 Beschäftigte) mit Tankeröl arbeiten, das zum Teil über den Hafen Rostock, zum Teil über den polnischen Hafen Danzig kommt. Zusätzlich soll Kasachstan Rohöl liefern. Wie die russische Nachrichtenagentur Ria Novosti kurz vor Silvester mitteilte, stimme der Kreml Öl-Lieferungen aus Kasachstan nach Schwedt zu - durch die Druschba-Pipeline. 1,2 Millionen Tonnen Öl sollen so 2023 nach Brandenburg kommen. Ob Russland davon profitiert und das Embargo damit ausgehöhlt wird, ist unklar.

Das Werk in Leuna (etwa 600 Beschäftigte) setzt auf Lieferungen über Danzig und hat dafür frühzeitig Verträge ausgehandelt. Beide Raffinerien rechnen vorerst mit einer niedrigeren Auslastung als zuvor. Die vertraglich zugesicherten Ölmengen reichten noch nicht aus, erklärte die Mitteldeutsche Raffinerie Leuna zuletzt. Für PCK wird eine Auslastung von zunächst 70 Prozent angenommen. PCK-Chef Ralf Schairer sprach von „Mengen für die Mindestauslastung der Raffinerie“ im Januar, fügte aber hinzu: „Ich bin mir sicher, dass wir die Raffinerie betreiben und die Region mit Kraftstoffen und Wärme versorgen können.“

Der Ostbeauftragte Schneider verwies auf ein Sonderprogramm für die ostdeutschen Raffineriestandorte und den Energiehafen Rostock. Mit den Investitionen soll unter anderem eine Pipeline von Rostock nach Schwedt ausgebaut werden, die bisher nur geringe Kapazität hat. Langfristiges Ziel ist der Umbau der Produktion hin zu grünem Wasserstoff, der als klimafreundliche Energieform gilt.

Russland hat seinerseits angekündigt, ab 1. Februar kein Öl mehr in Länder liefern, die einen Preisdeckel für russisches Öl beschlossen haben. Dazu gehört auch Deutschland. Für Deutschland habe diese Entscheidung „keine praktische Bedeutung“, sagte ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums in der Pressekonferenz der Bundesregierung. „Wir bereiten uns bereits seit dem Frühsommer darauf vor, die russischen Exporte von Erdöl abzulösen.“

Die EU, die Gruppe der sieben führenden Industrienationen (G7) und Australien hatten einen Preisdeckel von 60 Dollar (56,52 Euro) für russisches Rohöl vereinbart, der seit Anfang Dezember gilt. Deutschland und seine Partner wollen damit die üppigen Einnahmen Moskaus aus dem Ölverkauf schmälern, mit denen die russische Regierung auch ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine finanziert.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte die Entscheidung scharf kritisiert – und als Vergeltung am Dienstag ein Exportverbot für russisches Erdöl und Erdöl-Produkte ab 1. Februar 2023 verhängt. Es soll vorerst bis zum 1. Juli 2023 gelten.

Vor der russischen Invasion in der Ukraine kamen dem Bundeswirtschaftsministerium zufolge rund 40 Prozent der deutschen Erdöl-Importe aus Russland. Bis Oktober 2022 ist der Anteil bereits auf 16 Prozent gesunken.

„Insgesamt haben wir immer daran gearbeitet, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten – und sie ist jetzt auch weiterhin gewährleistet“, sagte der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums

[Deutschland verzichtet auf Rohöl aus Russland - Folgen des Kriegs in der Ukraine - DER SPIEGEL](#)

[Welche Auswirkungen hat Russlands Öl-Exportstopp auf Deutschland? | WEB.DE](#)

Fünf Milliarden Euro russischer Vermögen in Deutschland eingefroren

In Deutschland sind nach EU-Sanktionen wegen des Ukraine-Kriegs bislang 5,046 Milliarden Euro an russischen Vermögenswerten eingefroren. Die Zahl nannte die Bundesregierung auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Christian Görke. Darüber berichtete zunächst t-online. Die Antwort liegt auch der Deutschen Presse-Agentur vor.

Demnach entfallen von den eingefrorenen Werten 2,217 Milliarden Euro auf Gelder, die der Bundesbank von deutschen Banken gemeldet wurden. Hinzu kämen "bewegliche Wirtschaftsgüter" im Wert von 1,099 Milliarden Euro. Genauere Angaben machte die Regierung nicht. Im Juni hatte sie von 4,48 Milliarden Euro an eingefrorenen russischen Vermögenswerten gesprochen.

Der Linken-Abgeordnete Görke kritisierte, dass die zur Durchsetzung der Vermögenssperren beschlossene Anzeigepflicht ein Flop sei. "Mehrere Monate hatten Oligarchen gar nichts gemeldet", sagte Görke. Die Betroffenen wüssten, dass Ermittler in Deutschland im Dunkeln tappten, unter anderem, weil Grundbücher nicht digitalisiert

seien und Behörden Personal fehle. "Dabei ist längst überfällig die Oligarchensanktionen scharf zu stellen, um die Profiteure aus Putins Machtzirkel zu treffen", sagte Görke.

Duma-Vorsitzender droht deutschen Unternehmen mit Enteignungen

Russlands Parlamentschef Wjatscheslaw Wolodin hat Deutschland mit Enteignungsmaßnahmen gedroht, sollte Berlin russisches Vermögen zum Wiederaufbau der Ukraine heranziehen. „Sobald diese Entscheidung getroffen ist, haben wir das Recht auf gleiche Handlungen in Bezug auf das Eigentum von Deutschland und anderen Staaten“, schrieb Wolodin laut dpa in seinem Telegram-Kanal. Wolodin schob Deutschland und Frankreich zudem die Schuld für den Kriegsausbruch zu. Das Minsker Abkommen, das 2015 die Kampfhandlungen im Osten der Ukraine zumindest teilweise beendete, hätten die damalige Kanzlerin Angela Merkel und der damalige französische Präsident Francois Hollande nur unterzeichnet, um Russland und die internationale Gemeinschaft zu täuschen. Niemals hätten die Europäer beabsichtigt, das Abkommen zu erfüllen, behauptete der Chef der russischen Staatsduma.

Merkel hatte in einem Interview mit der „Zeit“ wörtlich gesagt: „Und das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht“. Russland hat diese Äußerung nun bereits mehrfach in der Öffentlichkeit so interpretiert, als hätten Deutschland und Frankreich die Ukraine für den Krieg aufgerüstet.

In Deutschland wird seit längerem die Möglichkeit diskutiert, russische Besitztümer für den Wiederaufbau der Ukraine zu beschlagnahmen. Bundesjustizminister Marco Buschmann hat sich offen dafür gezeigt, dabei auch russische Oligarchen zu enteignen. Allerdings müsse vor Gericht nachgewiesen werden, dass die betroffenen Personen an Kriegsverbrechen oder der illegalen Kriegsführung beteiligt gewesen seien, schränkte er ein.

Energieversorgung: Bundesnetzagentur gibt Entwarnung

Bundesnetzagentur-Präsident Klaus Müller rechnet mit einem Ende der Preisschwankungen bei Erdgas. „Gas kostet aktuell wieder so viel wie im Dezember 2021“, sagte er der „Bild am Sonntag“. Dies sei insbesondere der Fall, weil Europa seine Gasspeicher aufgefüllt und damit „möglichen Spekulationen“ die Grundlage entzogen habe. „Viel spricht dafür, dass wir ein Preisplateau erreicht haben, mit dem wir die nächsten ein bis zwei Jahre rechnen können.“ Risikofaktoren sei ein kalter nächster Winter, ein Anstieg des Verbrauchs in China und eine Beschädigung der Infrastruktur wie bei den Nord-Stream-Pipelines.

Für diesen Winter sei die Gefahr eines Gasmangels wohl überwunden: Laut FAZ rechnet Müller nicht damit, „dass diesen Winter noch etwas schiefeht“. Die Gasspeicher würden am Ende des Winters wohl noch zu mehr als 50 Prozent gefüllt seien. „Wir konzentrieren uns jetzt auf den nächsten Winter.“

3. Europäische Union

EU-Energieminister einigen sich auf Gaspreisdeckel

Nach monatelangem Streit hatten sich die EU-Energieminister kurz vor Weihnachten auf einen Preisdeckel für Gas im Großhandel geeinigt, der unter hohen Auflagen greifen soll. Auch Deutschland, das sich lange gegen eine solche Obergrenze gewehrt hatte, stimmte zu. Damit wollen die EU-Staaten die hohen Energiepreise gemeinsam bekämpfen.

Konkret soll der Preisdeckel ab Mitte Februar automatisch aktiviert werden, wenn der Preis an der europäischen Gasbörse TTF in den Niederlanden drei Arbeitstage lang bei über 180 Euro liegt. Zuletzt bewegte sich der Preis unter 70 Euro. Darüber hinaus müsste der Gaspreis über diese drei Tage mindestens 35 Euro über dem Preis für Flüssiggas auf dem Weltmarkt liegen.

Auch Deutschland stimmte der Obergrenze zu. „Insgesamt“ könne er sagen, „dass wir genug Instrumente haben“, den Marktkorrekturmechanismus „klug und zielgenau einzusetzen“, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nach der Einigung. Damit bezog sich der Minister auf die Sicherheitsbedingungen, unter denen der Deckel ausgesetzt wird: Etwa bei einer erhöhten Gasnachfrage oder stark gesunkenen Lieferungen.

Der Grünen-Politiker lobte in einer Erklärung eine zugleich ermöglichte Einigung, die Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien zu vereinfachen. „Wir haben einen Booster für die Erneuerbaren auf den Weg gebracht“, erklärte er. „Damit wird der Ausbau von Sonnen- und Windkraft in den kommenden Jahren EU-weit massiv beschleunigt.“ Zudem würden sich die Staaten künftig beim Gaseinkauf besser koordinieren und ihre Marktmacht bündeln.

Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) kritisierte den Preisdeckel. „Künstlich verknappte Einkaufsmöglichkeiten können dazu führen, dass Förderländer ihre Tankerschiffe in Länder schicken, wo sie höhere Preise für ihr Gas erzielen können“, erklärte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing.

Der Kreml kritisierte die Preisobergrenze als „inakzeptabel“. Es handele sich um eine „Verletzung des Prozesses der Preisbildung auf dem Markt“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow nach Angaben russischer Nachrichtenagenturen.

[Deutschland stimmt zu: EU-Staaten einigen sich auf Gaspreisdeckel | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

EU präzisiert Öl-Sanktionen

Im 9. Sanktionspaket vom 12. Dezember 2022 stellt die Europäische Union (EU) Ausnahmen des Importverbots für Rohöl und Ölprodukte aus Russland klar, dies analysiert GTAI. Ab dem 5. Februar 2023 ist es demnach verboten, Erdölprodukte des KN-Codes 2710, die aus russischem Rohöl gewonnen werden, nach Europa einzuführen.

Bereits seit 5. Dezember 2022 ist das Einfuhreembargo auf Rohöl aus Russland in Kraft. Für Öleinfuhren über Pipelines und für Importe auf dem Seeweg nach Bulgarien gelten Ausnahmen. Ziel ist es, die Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen ihnen zu gewährleisten. Mit dem Beschluss (GASP) 2022/2478 erlaubt die EU Bulgarien, bestimmte raffinierte Erdölzeugnisse aus russischem Rohöl, das auf der Grundlage der betreffenden Ausnahmeregelungen eingeführt wurde, in Drittländer auszuführen. Die zuständigen Behörden können den Verkauf, die Lieferung, die Weiterleitung oder die Ausfuhr von in Anhang XXXII aufgeführten bestimmten Erdölzeugnissen in Drittländer innerhalb der Ausfuhrkontingente genehmigen, wenn die Erzeugnisse aus Umwelt- und Sicherheitsrisiken nicht sicher in Bulgarien aufbewahrt werden können und das Einfuhrverbot nicht umgangen wird. Die jährlichen Ausfuhren sollen die durchschnittlichen jährlichen Ausfuhren solcher Erzeugnisse in den vergangenen fünf Jahren nicht übersteigen. Bulgarien informiert die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

[EU konkretisiert Ausnahmen vom Importverbot für russisches Öl | Branchen | Russland | EU-Sanktionen | Ölembargo \(gtai.de\)](#)

Estland für Senkung des Ölpreisdeckels

Estlands Außenminister Urmas Reinsalu hat sich für eine Senkung des von der EU beschlossenen Preisdeckels für russisches Öl ausgesprochen, wie Tagesschau.de berichtet. „Wir haben gesehen, dass diese Preisobergrenze funktioniert und keine globalen Treibstoffkrisen verursacht hat. Daher wäre es vernünftig, diesen Schritt zu gehen, sagte Reinsalu auf der Regierungspressekonferenz in Tallinn. Der reale Preis für russische Öl liege demnach derzeit unter der Obergrenze. Die EU hatte Anfang Dezember einen Ölpreisdeckel beschlossen. Die Regelung soll Russland dazu zwingen, Erdöl für höchstens 60 Dollar pro Barrel (159 Liter) an Abnehmer in anderen Staaten zu verkaufen. Die Obergrenze ist eine der Sanktionen, mit denen der Westen auf den von Moskau begonnenen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert. Die Regierung in Tallinn hatte damals bereits vehement auf eine niedrige Obergrenze gedrängt, dann aber einen Kompromiss mitgetragen. Die Höhe des Preisdeckels soll demnach regelmäßig überprüft werden, sagte Reinsalu. Die erste Überprüfung stehe Mitte Januar an. Nach früheren estnischen Angaben könnte jeder Dollar weniger pro Barrel die russischen Einnahmen aus dem Ölverkauf um zwei Milliarden Dollar (1,9 Mrd. Euro) pro Jahr drücken.

EU-Pläne zum Thema Sanktionen für 2023

Die in London beheimatete Plattform „Sanctions – Law, Practice and Guidance“ hat sich das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2023 zum Thema Sanktionen angesehen. Folgende Ziele werden demnach im neuen Jahr angestrebt:

- Die EU wird demnach das Sanktionsinstrumentarium aktualisieren, um Korruption einzubeziehen und im zweiten Quartal 2023 einen Sanktionsrahmen für Korruption festlegen.
- Die Russland-Sanktionen der EU bleiben in Kraft, "solange die Aggression gegen die Ukraine und die unrechtmäßige Besetzung/Annexion des ukrainischen Territoriums andauern".
- Die EU wird sich weiterhin „mit unseren Verbündeten abstimmen, um die wirksame Durchsetzung der Sanktionen zu gewährleisten, um den starken wirtschaftlichen Druck auf Russland aufrechtzuerhalten und seine Fähigkeit zu untergraben, einen Krieg gegen die Ukraine zu führen."
- Die EU wird ihre „strategischen Ausfuhrkontrollen in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und unseren internationalen Partnern verstärken und prüfen, ob zusätzliche Instrumente für die Kontrolle strategischer Auslandsinvestitionen erforderlich sind."

[com_2022_548_3_en.pdf \(europa.eu\)](#)

Handelsblatt:

Rückversicherer streichen Deckung für Russland, Ukraine und Belarus

Die großen Rückversicherungskonzerne schließen bei den Vertragserneuerungen im Januar Russland, die Ukraine und Belarus aus ihren Policen aus und reduzieren ihre Deckung für Schäden durch Wirbelstürme in den USA. Das geht aus einem Bericht des Rückversicherungsmaklers Gallagher Re vom 2.1. hervor, der dem Handelsblatt vorliegt.

Zwar haben sich manche Branchenvertreter bereits von der Versicherung in den drei Ländern zurückgezogen, weil sie Sanktionen oder hohe Verluste befürchten. Für viele Rückversicherer ist die wichtige Erneuerungsrunde zum Jahresanfang jedoch die erste Gelegenheit, Policen mit zwölf Monaten Laufzeit wegen des Kriegs in der Ukraine, der im vergangenen Februar begann, anzupassen. Ab 1. Januar sei es „sehr schwierig, Versicherungsschutz für die Region zu finden“, sagte James Vickers, Präsident von Gallagher Re International, zur Nachrichtenagentur Reuters.

Neue Regeln im Rahmen des 9. EU-Sanktionspakets für Exporte und Dienstleistungen

Mit ihrem 9. Sanktionspaket vom 16. Dezember 2022 erweitert die Europäische Union ihre Exportverbote: Bauteile für elektronische Geräte, Luftfahrt- oder Schiffstechnik dürfen nicht mehr nach Russland ausgeführt werden. Außerdem fügt die EU zu den bereits verhängten Verboten zur Erbringung bestimmter unternehmensbezogener Dienstleistungen in Russland neue Bereiche hinzu. Ab sofort dürfen Unternehmen aus EU-Mitgliedsstaaten keine Markt- und Meinungsforschung, Werbung sowie technische Prüfdienstleistungen für den russischen Staat und in Russland niedergelassene juristische

Personen, Organisationen und Einrichtungen mehr erbringen. Leistungen, die im Rahmen bereits geschlossener Verträge erbracht werden, müssen bis spätestens 16. Januar 2023 abgewickelt werden.

Nicht von dem Verbot betroffen sind Dienstleistungen für in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, welche sich im Eigentum oder unter der alleinigen oder gemeinsamen Kontrolle eines EU-Mitgliedsstaates befinden.

Zur Umsetzung der neuen Dienstleistungsverbote hat die EU-Kommission eine neue Übersicht mit Frequently Asked Questions erstellt:

[Frequently asked questions on provision of services concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Wie die neuen Dienstleistungsverbote zu interpretieren sind, hat GTAI hier zusammengefasst:

[EU erweitert Verbot von Beratungsdienstleistungen für Russland | Branchen | Russland | EU-Sanktionen | Dienstleistungsverbot \(gtai.de\)](#)

GTAI-Zusammenfassung zu den neuen Exportverboten:

[EU weitet Exportverbote für Technik nach Russland aus | Branchen | Russland | EU-Sanktionen | Exportverbot \(gtai.de\)](#)

EU-Sanktionen: Präzisierung der EU-Kommission zu technischer Hilfe im Rohstoffsektor

Business Europe hat der EU-Kommission verschiedene Nachfragen von Unternehmen und Verbänden zu Sanktionsbestimmungen zukommen lassen. Zum Thema Kohlesanktionen gab es jetzt eine ausführliche Antwort, die wir hier in deutscher Arbeitsübersetzung dokumentieren:

In Artikel 3j (Verordnung 833/2014) geht es um das Verbot, Kohle und andere feste fossile Brennstoffe, die in Anhang XXII aufgeführt sind, zu kaufen, einzuführen oder in die EU zu verbringen, wenn sie aus Russland stammen oder aus Russland ausgeführt werden. Business Europe stellte dazu die folgende Frage:

Wir bitten um nähere Erläuterungen zu dem in Absatz 2 beschriebenen Verbot der Bereitstellung von technischer Hilfe und Dienstleistungen. Gilt dieses Verbot auch für den Handel mit Maschinen/Infrastrukturausrüstungen, wenn diese zur Unterstützung des Kohlebergbaus (oder anderer Güter wie Gold) eingesetzt werden?

ANTWORT DER EU-KOMMISSION:

Gemäß Art. 1 (c) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 bedeutet technische Hilfe jede technische Unterstützung im Zusammenhang mit Reparaturen, Entwicklung, Herstellung, Montage, Erprobung, Wartung oder jeder anderen technischen Dienstleistung und kann

in Form von Unterweisung, Beratung, Ausbildung, Weitergabe von Fachkenntnissen oder Fertigkeiten oder in Form von Beratungsdiensten erfolgen, einschließlich mündlicher Unterstützung. Der Anwendungsbereich ist also sehr weit gefasst.

Gemäß Art. 3j Absatz 2 Buchstabe a ist es verboten, technische Hilfe, Vermittlungsdienste oder andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit den in Anhang XXII aufgeführten Gütern und Technologien zu erbringen, wenn diese ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden, sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung, Herstellung, Instandhaltung und Verwendung dieser Güter und Technologien, und zwar unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang mit dem Verbot nach Absatz 1. Fällt die Tätigkeit also unter Art. 1 (c) fällt und direkt oder indirekt mit dem Kauf, der Einfuhr oder der Weitergabe von Kohle und anderen in Anhang XXII aufgeführten Produkten verbunden ist, wenn diese ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden, oder mit der Bereitstellung, Herstellung, Instandhaltung und Verwendung dieser Güter verbunden ist, dann wäre sie tatsächlich verboten.

Serbien sträubt sich weiterhin gegen Russland-Sanktionen

Serbien wird sich den westlichen Sanktionen gegen Russland nur anschließen, wenn der Druck der EU auf das Westbalkanland „unerträglich“ wird, sagte der serbische Außenminister Ivica Dacic. Damit dürfte Serbien auch weiterhin der einzige EU-Beitrittskandidat bleiben, der sich weigert, sich den Sanktionen anzuschließen, heißt es in einem Bericht von Euractiv.

In einem Interview mit BETA, einem Partnermedium von EURACTIV, betonte Dacic, dass die Verhängung von Sanktionen gegen Russland derzeit nicht im Interesse Serbiens liege. Als Grund nannte er nicht nur die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen, sondern insbesondere die Unterstützung Moskaus in Bezug auf die Unabhängigkeit des Kosovo.

Auf die Frage, welches Interesse Serbien an der Verhängung von Sanktionen gegen Russland haben könnte, antwortete Dacic, dass es eine Frage der Grenze sei, bis zu der Serbien mit dieser Art von Druck aus dem Westen umgehen könne.

„Wie der serbische Präsident Aleksandar Vucic gesagt hat, werden wir prüfen, wo die Grenze liegt, bis zu der wir solchen Druck aushalten können. Die Grenze ist dann erreicht, wenn es für Serbien unerträglich wird“, so Dacic.

[Serbien: Russlandsanktionen nur bei ‚unerträglichem‘ Druck der EU – EURACTIV.de](https://www.euractiv.com/de/news/serbien-russlandsanktionen-nur-bei-unertraeglichem-druck-der-eu-1211167)

EU-Informationen zu Russland-Sanktionen

Am 21. Dezember veröffentlichte die EU-Kommission eine konsolidierte Fassung ihrer FAQ zu den Sanktionen:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Neue FAQ zu verschiedenen Sanktionsthemen:

- 1.) Transit gelisteter Güter durch Russland:
[Frequently asked questions on Transit of listed goods via Russia concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)
- 2.) Import, Kauf und Transit gelisteter Güter
[Frequently asked questions on import, purchase and transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)
- 3.) Dienstleistungen
[Frequently asked questions on provision of services concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)
- 4.) Versicherungen
[Frequently asked questions on insurance and reinsurance related matters concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Neue Guidelines der EU-Kommission speziell zum Ölpreisdeckel, der Anfang Dezember eingeführt worden war:

[Guidance on Russian oil price cap \(europa.eu\)](#)

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:
[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:
[EU Sanctions Map](#)

4. Russland

Russland verbietet Ölexporte in Länder mit Ölpreisdeckel

Der Kreml reagiert auf die im Dezember von der EU und den G7-Staaten eingeführte Ölpreisobergrenze und verhängt als Gegenmaßnahme seinerseits ein Exportverbot auf Rohöl und Ölprodukte an Abnehmer aus allen Ländern, welche den Ölpreisdeckel mittragen. Den entsprechenden Erlass Nr. 961 unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am 27. Dezember 2022. Der Exportstopp für Rohöl tritt zum 1. Februar 2023 in Kraft und gilt vorerst bis 1. Juli 2023. Den Beginn des Ausfuhrverbots für Ölprodukte wird die Regierung noch festlegen. Die Lieferungen an ausländische juristische und private Personen werden verboten, wenn diese in Verträgen direkt oder indirekt den Mechanismus zur Fixierung einer Preisobergrenze anwenden. Ölexporte an die G7-Staaten sind im Einzelfall mit einer Ausnahmegenehmigung des Präsidenten weiterhin möglich.

Hier das neue Dekret:

[Указ Президента Российской Федерации от 27.12.2022 № 961 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Bericht von GTAI zum Thema:

[Russland verbietet Ölexporte in Länder mit Ölpreisdeckel | Branchen | Russland | Gegensanktionen | Ölexportverbot \(gtai.de\)](#)

Investigativ-Reporter enthüllen Sanktionsumgehungen in beide Richtungen über Drittländer

Russische Produkte, die unter das Embargo der EU fallen, gelangen laut Berichten des tschechischen Nachrichtenportals Seznam Zpravy weiterhin in EU-Länder. Dies berichtet Euractiv. Demnach enthüllten die Berichte Lücken in der Durchsetzung der EU-Sanktionen. Ein investigativer Reporter gab sich als Unternehmer aus, der an russischem Holz und Eisen interessiert war, und stand in direktem Kontakt mit einem russischen Schmuggler. „Ich habe drei Monate damit verbracht, die Infrastruktur aufzubauen. Wir bringen die Waren per Lkw durch Georgien in die Türkei oder per Schiff von Noworossijsk nach Istanbul“, erklärte der russische Schmuggler Ernest Rochal dem getarnten Reporter.

„In der Türkei ändern wir das Herkunftsland. Alle russischen Stempel verschwinden, und wir färben den Namen des Unternehmens weiß. Von der Türkei aus transportieren wir die Waren dann nach Bulgarien, zu einer anderen meiner Firmen. Von dort kaufen Sie dann. Auf dem Papier also nicht aus Russland, nicht aus der Türkei, sondern aus Bulgarien. Mein Mann wird die gesamte Zollabfertigung übernehmen“, sagte Rochal dem Reporter.

Der Schmuggler schickte dem Reporter auch die Unterlagen zu einem Vertrag, den er im September 2022 abgeschlossen hatte, als er russisches Holz nach Polen lieferte. Er gab

zudem zu, dass er Waren aus der EU nach Russland exportiert, insbesondere kugelsichere Westen und Helme.

Der Financial Times gelang es, mit einem anderen Schmuggler zu sprechen, der sagte, er kaufe europäische Waren über seine in der EU ansässigen Unternehmen, bringe diese dann in Länder, die eine Zollunion mit Russland haben – zum Beispiel Kasachstan – und verschiffe die Produkte nach Russland.

Der Schmuggel von Waren dürfte jedoch bald schwieriger werden. Der Rat der EU hat sich im November 2022 darauf geeinigt, die Verletzung restriktiver Maßnahmen in die Liste der „EU-Verbrechen“ aufzunehmen.

[Russische Embargoprodukte fließen wohl weiterhin in EU – EURACTIV.de](#)

FAZ:

Russland will über Iran neue Handelsroute etablieren

Russland und Iran, zwei der weltweit am stärksten sanktionierten Länder, bauen eine neue transkontinentale Handelsroute auf, die sich vom östlichen Rand Europas bis zum Indischen Ozean erstreckt. Dies berichtet die FAZ. Die Route führt über Flüsse und Eisenbahnlinien, die durch das Kaspische Meer, das von Russland und dem Iran beherrschte Binnengewässer, miteinander verbunden sind. Aus Schiffsverfolgungsdaten, die die Nachrichtenagentur Bloomberg gesammelt hat, geht hervor, dass Dutzende russischer und iranischer Schiffe – darunter auch solche, die Sanktionen unterliegen – die Route bereits befahren. Um das Handelsvolumen zu erhöhen, werden Dutzende von Milliarden Dollar investiert.

„Hier geht es darum, durchgängig sanktionssichere Lieferketten zu schaffen“, sagt Maria Shagina, Experte für Sanktionen und russische Außenpolitik am Internationalen Institut für Strategieforschung in London. Schiffe, die den Don und die Wolga befahren, treiben traditionell Handel mit Energie und landwirtschaftlichen Gütern. Der Iran ist der drittgrößte Importeur von russischem Getreide. Die beiden Länder haben eine Reihe von neuen Geschäftsabkommen angekündigt, unter anderem in den Bereichen Turbinen, Polymere, medizinischer Bedarf und Automobilteile.

Auch US-Beamte beobachten laut FAZ den Korridor genau, da er auch für den Transport iranischer Waffen genutzt werden könnte, die in Russlands Krieg gegen die Ukraine eingesetzt werden. „Das ist eine außerordentlich schädliche, rücksichtslose Entscheidung, die sie getroffen haben“, sagte Robert Malley, der Iran-Beauftragte der amerikanischen Regierung. „Es ist wichtig, dass wir die Aufmerksamkeit darauf lenken.“

[Wie Russland und Iran Sanktionen umgehen wollen \(faz.net\)](#)

Kreml akzeptiert wieder Devisen im Gasgeschäft

Russische Erdgaslieferanten dürfen mit Gasabnehmern aus den so genannten „unfreundlichen Ländern“ in ausländischer Währung abrechnen, sofern damit Schulden aus Gaslieferungen beglichen werden, berichtet „TASS“ unter Berufung auf ein kürzlich veröffentlichtes Präsidialdekret. Die russischen Exporteure werden durch die zur Stabilisierung des Rubel eingeführten Kapitalverkehrsbeschränkungen gleichzeitig dazu gezwungen, große Teile ihrer Deviseneinnahmen an den Staat abzuführen.

[Указ Президента Российской Федерации от 30.12.2022 № 992 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Gaspreisdeckel für Wintershall Dea

Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit dem neuen Präsidialerlass 943 Gazprom verboten, Erdgas aus seinen Joint Ventures mit dem deutschen Gas- und Ölproduzenten Wintershall Dea und dem österreichischen Energieunternehmen OMV über einer bestimmten Preisobergrenze anzukaufen. Betroffen ist Gas aus den Feldern Urengoiskoje und Jushno-Ruskoje in Sibirien, die Gazprom mit den beiden Unternehmen zusammen abbaut. Der Höchstpreis soll von der Regierung festgelegt werden und rückwirkend seit dem 1. März 2022 gelten. Wintershall Dea hält 50 Prozent an einem Gemeinschaftsprojekt mit Gazprom, das Erdgas aus den Achimov-Formationen nahe der westsibirischen Stadt Nowy Urengoi im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen produziert. Ebenfalls im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen liegt das Feld Jushno-Ruskoje, an dem Wintershall Dea und OMV über ein Gemeinschaftsunternehmen mit Gazprom beteiligt sind.

Präsidialerlass Nr. 943:

[Указ Президента Российской Федерации от 22.12.2022 № 943 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Russlands Gasexporte halbieren sich fast

Die russischen Gasexporte in Länder außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind 2022 um 45,5 Prozent gesunken, dies berichtet Spiegel-Online. Die Ausfuhren in Drittstaaten betragen 100,9 Milliarden Kubikmeter, wie der staatliche Gaskonzern Gazprom mitteilte. 2021 hatte Russland noch 185,1 Milliarden Kubikmeter in die Länder außerhalb der GUS geliefert.

Wegen der Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Russland in Reaktion auf den Militäreinsatz in der Ukraine hat Moskau seine Gasexporte in die EU stark eingeschränkt. Um dies auszugleichen, bemüht sich Russland, seine Gaslieferungen an China zu erhöhen. Bislang fehlte dafür aber teilweise die Infrastruktur.

Kriterien für Rückzug aus Russland

Das russische Finanzministerium hat neue Bedingungen für den Rückzug von Unternehmen aus „unfreundlichen Ländern“ definiert, berichtet die Nachrichtenagentur Ria Nowosti. Sie müssen diese Bedingungen ab sofort erfüllen, um Unternehmensbeteiligungen in Russland verkaufen zu dürfen. Zu den Bedingungen gehört, dass eine unabhängige Schätzung des Marktwerts der Beteiligungen vorliegen muss. Der angestrebte Verkaufspreis darf nicht mehr als 50 Prozent dieser Schätzung betragen.

[Минфин России \(minfin.gov.ru\)](https://minfin.gov.ru)

Russisches Gericht sperrt Linde-Vermögen

Das Wirtschaftsgericht von St. Petersburg hat russische Vermögenswerte des deutschen Industriegaskonzerns Linde eingefroren, dies berichtet die Zeitung Kommersant. Die Entscheidung erfolgte auf Antrag des Unternehmens RusChemAlliance, an dem auch Gazprom beteiligt ist. Linde hatte 2021 mit dem Bau eines Werks für Gasverarbeitung in Ust-Luga begonnen. Mitte 2022 mussten die Deutschen die Arbeiten daran aufgrund der EU-Sanktionen stoppen. RusChemAlliance klagte daraufhin gegen Linde am Handelsgericht von Hongkong und verlangte die Rückzahlung von Geldern in Höhe von rund einer Milliarde Euro. Die nun vom russischen Gericht eingefrorenen Werte schätzt RusChemAlliance auf etwa 450 Millionen Euro, Linde beziffert ihren Wert dagegen mit mehr als 1 Milliarde Euro.

[Суд арестовал активы Linde в России на 35 млрд рублей - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Sanktionszoll in Höhe von 35 Prozent auf Hygieneartikel

Die russische Regierung hat die Importe von Körperpflege- und Hygieneartikeln (Shampoos, Zahnpasta, Rasierwasser, Deodorants, Reinigungsmittel usw.) sowie von Jagd- und Sportwaffen aus den sogenannten unfreundlichen Ländern, die Russland sanktionieren, mit einem Einfuhrzoll von 35 Prozent belegt. Das Industrie- und Handelsministerium in Moskau begründete die Maßnahme damit, dass die betroffenen Produkte in vergleichbarer Qualität und Anzahl in Russland selbst hergestellt würden. Ein Importverbot sei nicht geplant.

Erlass Nr.2240:

[Постановление Правительства Российской Федерации от 07.12.2022 № 2240 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](https://pravo.gov.ru)

Kriterien für Dividendenauszahlungen russischer Töchter an westliche Mutterkonzerne

Nach Informationen von Germany Trade & Invest (GTAI) hat die Regierungskommission zur Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation Kriterien bestimmt, die Unternehmen aus Staaten, die Sanktionen gegen Russland verhängen (sogenannte "unfreundliche Staaten"), erfüllen müssen, um Dividenden von ihren russischen Tochtergesellschaften erhalten zu können.

Die wichtigste Forderung ist, den erzielten Gewinn in Russland zu reinvestieren. Daneben müssen folgende Vorgaben erfüllt sein:

- Lokale Firmen dürfen höchstens 50 Prozent des Nettogewinns aus dem jeweils vorangegangenen Geschäftsjahr als Dividenden ausschütten;
- Die ausländischen Mutterkonzerne müssen bereit sein, ihre geschäftlichen Aktivitäten in Russland fortzusetzen;
- Die Aktivitäten der lokalen Tochtergesellschaften müssen zur technologischen und industriellen Entwicklung Russlands beitragen. Föderale Exekutivbehörden (je nach Branchenprofil der Tochtergesellschaft) legen Kriterien für die Bedeutung der Aktivitäten des Unternehmens fest und nehmen eine Bewertung ihrer Auswirkungen auf die technologische und industrielle Souveränität Russlands vor;
- Eine vierteljährliche Ausschüttung von Dividenden ist möglich, wenn von den Behörden vorab festgelegte Schlüsselindikatoren (Key Performance Indicators - KPI) erfüllt werden;
- Beim Verkauf der Aktiva durch ausländische Eigentümer muss ein bestimmter Betrag an den russischen Staatshaushalt abgeführt werden.

Hier der vollständige Bericht:

[Russland definiert Kriterien für Dividendenauszahlung | Wirtschaftsumfeld | Russland | Gegensanktionen | Finanzsanktionen \(gtai.de\)](#)

Russische Aktien im Sinkflug

Russische Aktien haben 2022 im weltweiten Vergleich die größten Verluste gemacht, schreibt die Nachrichtenagentur Bloomberg. Der in Dollar nominierte Leitindex RTS habe im Jahresverlauf 35 Prozent verloren, der Rubel-nominierte MOEX sogar 44 Prozent. Die Aktienkurse der beiden Schwergewichte Gazprom und Sberbank haben sich sogar mehr als halbiert. Größer waren die Börsenverluste in Russland zuletzt im Jahr der Finanzkrise 2008.

[Putin's War Makes Russian Stocks World's Worst With Grim Outlook - Bloomberg](#)

Umfassender Rückzug von Automobilherstellern

Von den 60 Automarken, die vor dem 24. Februar 2022 in Russland präsent waren, sind noch 14 im Land geblieben, das berichtet der Verband der russischen Autohändler. Unter ihnen sind nur drei russische Pkw-Marken: Lada, GAZ und UAZ. Die anderen stammen aus China: Chery, Geely, Haval, Jac, Faw, Dongfeng, Changan, Exeed, Gac, Foton und Omoda. Die westlichen Autohersteller haben sich seit Anfang Frühjahr vergangenen Jahres entweder teilweise oder komplett aus Russland zurückgezogen. Der deutsche Konzern VW etwa stellte im März seine Lieferungen und die Produktion vor Ort ein. Im Oktober kündigten die Wolfsburger zudem an, die russischen Beteiligungen der Tochtergesellschaften Scania, MAN und Porsche innerhalb der nächsten zwölf Monate verkaufen zu wollen.

Ostexperte:

Konjunktur-Prognosen für die russische Wirtschaft angesichts westlicher Sanktionen

Klaus Dormann, Analyst des Internet-Portals Ostexperte, hat aktuelle Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland zusammengefasst. Demnach stimmten die offiziellen November-Daten die russische Regierung zuversichtlich. Experten seien sich aber weiterhin uneins, wie lange die Rezession die Wirtschaft im Griff haben werde. Wachstumsprognosen im Überblick:

Nach Schätzung des russischen Wirtschaftsministeriums war das Bruttoinlandsprodukt in den ersten elf Monaten 2022 nur 2,1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Prognose der Regierung, dass die Produktion der Wirtschaft im Gesamtjahr 2022 um 2,9 Prozent sinkt, dürfte sich eher als zu pessimistisch erweisen, auch wenn man berücksichtigt, dass Befragungen von Unternehmen eine Abschwächung der Geschäftsaktivitäten im Dezember signalisieren. Die jüngsten Analysten-Umfragen lassen für 2022 jedenfalls einen BIP-Rückgang um 2,7 Prozent (Interfax) oder 2,8 Prozent (Reuters) erwarten. Präsident Putin sprach kürzlich sogar von einem Rückgang um lediglich 2,5 Prozent.

Das englische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ titelte: „In 2022 Russia kept the economic show on the road“. Russlands Konjunktur habe sich 2022 viel besser als erwartet entwickelt. Trotzdem sei das Bruttoinlandsprodukt im letzten Jahr aber nur in wenigen Ländern noch stärker geschrumpft als in Russland. Damit fand der Artikel – in kurzen Auszügen – auch Aufnahme in die internationale Presseschau von „Inosmi“, eine Publikation der staatlichen Nachrichtenholding „Rossija Sewodnja“.

Viele westliche Beobachter stellen angesichts der bisher unerwartet schwachen Auswirkungen der Sanktionen immer stärker heraus, dass der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen Russland vor allem auf längere Sicht schaden werden. Manche meinen, sie werde sich aus dem „Abwärtsstrudel“ nicht mehr lösen können.

„Erosion von Russlands langfristigem Wachstumspotenzial“

Heli Simola, Senior Economist am Institute for Emerging Economies der Bank of Finland, meint in einem Artikel für das „World Economic Forum“, die russische Wirtschaft sei zwar nicht mit einem plötzlichen Einbruch, aber mit einer langen, schmerzhaften Rezession konfrontiert. Sie verweist auf Prognosen, die in den beiden Jahren 2022 und 2023 einen Rückgang des russischen Bruttoinlandsprodukts um insgesamt 7 bis 8 Prozent erwarten lassen (wie die BOFIT-Prognose vom 10.10.2022).

Simola argumentiert, die Investitionen der russischen Wirtschaft würden wegen der allgemeinen hohen Unsicherheit und durch den streng begrenzten Zugang zu ausländischen Finanzierungsquellen eingeschränkt. Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität werde außerdem durch zunehmende staatliche Eingriffe, eine Vorrangstellung der Rüstungsindustrie und den fehlenden Zugang zu westlicher Technologie belastet.

Russland – auf dem Weg in den Abgrund“

Im „Ausblick 2023“ der Hamburger Berenberg Bank meint Dr. Holger Schmieding, der Ukraine-Krieg habe „die russische Wirtschaft in einen Abwärtsstrudel gestürzt, aus dem sie sich wohl nicht mehr befreien kann, solange das System Putin in Moskau herrscht.“

Die westlichen Sanktionen gegen Russland lähmten das Land zwar nicht unmittelbar. Aber sie wirkten „wie ein schleichendes Gift“. Es fehle immer mehr an Maschinen und Technologie aus dem Westen, die Russland für seine Industrie und für die Suche nach und Förderung von Rohstoffen gerade in der Arktis brauche. Schmieding kommentiert die Belastungen Russlands durch steigende Militärausgaben und die Auswanderung so:

„Vor vier Jahrzehnten überforderten die Kosten des Afghanistan-Einsatzes und des Wett-rüstens mit den von Präsident Reagan geführten USA und der NATO die verknöcherte sowjetische Wirtschaft. Künftig wird Russland einen noch wesentlich größeren Teil seiner begrenzten Mittel für das Militär ausgeben müssen.“

Gleichzeitig wächst die Unzufriedenheit im eigenen Land. Russland verliert einen Teil seiner besonders gebildeten städtischen Elite, ohne die kein modernes Land auf Dauer funktionieren kann.“

Sehr unterschiedliche Prognosen für 2023

Laut den Erwartungen der russischen Regierung wird sich die Rezession im jetzt begonnenen Jahr 2023 auf nur noch 0,8 Prozent abschwächen. Das halten aber nur wenige Beobachter für möglich. Die Unsicherheit über die weitere Konjunktorentwicklung ist jedoch sehr hoch. Die Prognosen klaffen weit auseinander.

Das zeigt auch ein Bericht des Konjunkturforschungsinstituts der russischen Akademie der Wissenschaften zu seiner Konferenz „Aussichten für die Entwicklung der russischen Wirtschaft im Jahr 2023“ vom 22. Dezember. Dmitry Belousov (Direktor am Moskauer Zentrum für makroökonomische Analyse und kurzfristige Prognosen, CMASF) stellte in seiner Präsentation vier Szenarien vor. Im „Ziel-Szenario“ werde das russische

Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 1,9 Prozent sinken. In einem „Risiko-Szenario“ sei aber auch ein Rückgang um 6,4 Prozent möglich.

Die Chef-Volkswirtin der Alfa-Bank, Natalia Orlova, bekräftigte am Jahresende in einem Finam.ru-Artikel, dass sie 2023 mit einer Rezession von 6,5 Prozent rechnet.

Die Konjunkturforschungsabteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften geht in ihrer vierteljährlich erscheinenden Prognose hingegen davon aus, dass sich das Rezessionstempo halbiert und von 2,7 Prozent im Jahr 2022 auf 1,3 Prozent im Jahr 2023 sinkt. Bei der Interfax-Umfrage erwarteten die Analysten hingegen im Durchschnitt nur eine Abschwächung der Rezession von 2,7 auf 2,2 Prozent.

Vollständiger Bericht:

[Russlands Wirtschaft langfristig in der Rezession? – Ostexperte.de](#)

TikTok entlässt Belegschaft

Die chinesische Videoplattform TikTok hat fast alle Mitarbeiter in Russland entlassen. Wie die russische Ausgabe des Wirtschaftsmagazins Forbes aus Kreisen des Unternehmens erfuhr, beschäftigt das Moskauer Büro nur noch zehn von ursprünglich rund 500 Mitarbeitern. Auch sie sollen dem Bericht zufolge das Land verlassen und nach Dubai verlegt werden. Nach dem 24. Februar hatte TikTok in Russland Kernfunktionen wie das Hochladen neuer Videos ausgeschaltet. Die Chinesen begründeten dies mit der Gefahr für Mitarbeiter und Nutzer, die von den zu jener Zeit in Russland erlassenen Zensurgesetzen ausgehe. TikTok bestätigte nun die Stellenkürzungen, ohne Details zu nennen. Man beobachte die Lage in Russland, um über eine „gefahrenlose Wiederaufnahme“ der Uploads zu entscheiden, so die Mitteilung.

[TikTok в России сократил большую часть сотрудников | Forbes.ru](#)

5. USA

Russland als „Aggressorstaat“

Die Führung des Kongresses arbeitet an der raschen Einführung eines Gesetzentwurfs, der Russland als „Aggressorstaat“ verurteilt, dies berichtet das US-Medium „The Hill“.

Die Einstufung würde dem US-Präsidenten neue Sanktionsbefugnisse geben, um russische Beamte ins Visier zu nehmen; ein Berater im Repräsentantenhaus bezeichnete die geplante Maßnahme allerdings als „unausgegorene“ Antwort auf die Forderungen der Ukraine, Russland als staatlichen Sponsor des Terrorismus zu benennen.

Die Einstufung als „State Sponsor of Terrorism“ (SST) würde Moskau international isolieren und die USA zwingen, Ländern, die mit dem Kreml zusammenarbeiten, Kosten aufzuerlegen.

Zu den mit der SST-Einstufung verbundenen Sanktionen gehören Einschränkungen der US-Auslandshilfe, ein Verbot von Rüstungsexporten und -verkäufen, bestimmte Kontrollen der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und andere finanzielle Beschränkungen.

[Congress aims to label Russia ‘Aggressor State’ instead of state sponsor of terrorism | The Hill](#)

Hinweise zu Ölpreisdeckel

Am 30. Dezember veröffentlichte das Office of Foreign Asset Control neue Hinweis zum Umgang mit dem neuen Preisdeckel auf russische Rohöllieferungen per Schiff:

[price_cap_prelim_guidance_petroleum_products_20221230.pdf \(treasury.gov\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Schweiz

Schweiz übernimmt EU-Sanktionen

Die für Sanktionen zuständige Schweizer Behörde hat am 21. Dezember 2022 die Sanktionsliste betreffend Russland ausgeweitet. Die Schweiz übernimmt damit die Änderungen, welche die EU im Zusammenhang mit den Lieferungen iranischer Drohnen nach Russland und der anhaltend besorgniserregenden Lage in der Ukraine beschlossen hatte.

[Russland: Schweiz weitet Sanktionsliste aus \(admin.ch\)](#)

Schweizer Regierung interveniert im Ausland wegen Russland-Sanktionen

Die Schweiz macht mit bei der internationalen Jagd nach Oligarchengeldern. Doch wie sie das tut, erfreut nicht alle. Der Kanton Zug, der mit seiner Tiefsteuerpolitik jahrzehntelang Superreiche und Rohstoffkonzerne anlockte, kritisierte den Bund scharf für dessen Umsetzung der Russland-Sanktionen – und verlangte eine Aussprache mit den Verantwortlichen in Bern, dies berichtet das Schweizer Medium „SonntagsBlick“. Am 27. September kam es deshalb zu einem geheimen Treffen auf höchster Ebene: Wirtschaftsminister Guy Parmelin (63) und Helene Budliger Artieda (57), Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco, empfingen den Zuger Landammann Martin Pfister (59), Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalman-Gut (61) und Finanzdirektor Heinz Tännler (62) in Bern

Die Staatssekretärin erklärte damals nach Informationen von „SonntagsBlick“, dass sich der Bund in Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen international „im Interesse der CH-Wirtschaft“ einsetze. Solche Einflussversuche seien allerdings heikel – zumal Bern schon heute im Verdacht stünde, es mit den Russland-Sanktionen nicht wirklich ernst zu meinen. Unter anderem wird international moniert, dass der Bund noch immer keine Taskforce installiert habe, um die russischen Vermögen im Land aufzuspüren.

Auf Nachfrage von SonntagsBlick präzisiert Finanzdirektor Heinz Tännler: Wenn von der Staatengemeinschaft sanktionierte Unternehmen aufgrund dieser Sanktionen in Länder wechselten, welche die Sanktionen nicht mittragen, sei das eine logische Konsequenz des Sanktionsregimes und werde von der Zuger Regierung akzeptiert. Tännler: «Wir mussten allerdings feststellen, dass auch Unternehmen betroffen waren, die nicht auf der Sanktionsliste verzeichnet waren.» Zeitweise seien sie durch Sanktionen so eingeschränkt gewesen, dass ihr Fortbestand gefährdet war. Sie hätten nicht einmal mehr Mieten und Löhne bezahlen können. Tännler: «Ein Wegzug aus der Schweiz war denn auch keine Drohung, sondern die letzte Möglichkeit, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern.»

[Russland-Sanktionen: Bund interveniert bei ausländischen Regierungen \(blick.ch\)](#)

Großbritannien

Anpassung von Sanktionen

Die britischen Behörden haben am 5. Januar ein Update ihrer Sanktions-Guidance vorgenommen. Unter anderem geht es um Klarstellungen bei der Anwendung von Verboten der Bereitstellung technischer Hilfe für Luft- und Raumfahrtgüter und -technologien sowie Güter und Technologien für kritische Industrien:

[Russia sanctions: guidance - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/guidance/russia-sanctions-guidance)

Außerdem wurden zwei Einträge im Register der Russlandsanktionen angepasst. Es geht um die OJE PARVAZ MADONAFAR COMPANY und um Said Mikhailovich GUTSERIEV.

[Notice Russia 281222.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/100000/Notice_Russia_281222.pdf)

Außerdem wurden neue Guidelines zu Öl-Sanktionen veröffentlicht:

[Russian Oil Services Ban - HMT Industry Guidance.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/100000/Russian_Oil_Services_Ban_-_HMT_Industry_Guidance.pdf)

7. Blick über den Tellerrand

Heute keine Meldungen in dieser Rubrik

8. Termine

18. Januar 2023: Aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen beim Umgang mit ausländischen Investitionen in Russland | online

Der Ost-Ausschuss lädt Sie herzlich zu einer Veranstaltung zum Thema „Aktuelle rechtliche Rahmenbedingungen beim Umgang mit ausländischen Investitionen in Russland“ ein, die wir gemeinsam mit der Kanzlei und Beratungsgesellschaft RSP International und der Beratungsagentur Kesarev durchführen. Der Fokus der Veranstaltung liegt auf dem derzeitigen Stand zum Verkauf von Unternehmen und Anteilen, Zahlungen von Dividenden an ausländische Eigentümer sowie zum Liquidationsverfahren. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 18. Januar 2023, von 10:00-11:30 CET im Online-Format statt. Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses.

Sollten Sie Interesse an der Teilnahme haben, wenden Sie sich gerne an Dr. Christiane Schuchart, Regionaldirektorin Russland, c.schuchart@oa-ev.de

19. Januar 2023: Wirtschaftlicher und Wirtschaftspolitischer Ausblick für Osteuropa 2023 | online

Der Ost-Ausschuss lädt Sie herzlich ein zur Veranstaltung „wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Ausblick in Osteuropa im Jahr 2023“. Diese findet am 19. Januar 2023 um 10:00 Uhr MEZ online und im Rahmen unserer Reihe „Pushing Eastern Europe Forward“ statt. Wir freuen uns, als Referenten Gunter Deuber von der Raiffeisen Bank International AG und Mario Holzner (tbc) vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche begrüßen zu dürfen.

Bei Fragen zur Veranstaltung oder zur Organisation wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor für MOE im Ost-Ausschuss: a.stadnicki@oa-ev.de

31. Januar 2023: Tag der kasachischen Wirtschaft in München

Kasachstan ist Deutschlands führender Wirtschaftspartner in Zentralasien. So entfielen in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres knapp 85 Prozent des gesamten deutschen Handels mit den zentralasiatischen Staaten auf Kasachstan. Mit keinem anderen Bundesland ist die Kooperation so intensiv wie mit dem Freistaat Bayern. Zahlreiche bayerische Unternehmen sind in Kasachstan aktiv, das Land gehört zu den Top 10 der Importländer des Freistaats.

Um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kasachstan und dem Freistaat Bayern noch weiter zu vertiefen, findet am 31. Januar 2023, 10.00 - 13.00 Uhr, im Hotel Sofitel München, Bayerstraße 12, 80335 München ein Tag der kasachischen Wirtschaft statt.

Themenschwerpunkte sind der Maschinen- und Anlagenbau, Hochtechnologie und Landwirtschaft. Aus Kasachstan wird eine hochrangige politische und wirtschaftliche Delegation erwartet.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[Tag der kasachischen Wirtschaft | München | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Für weitere Fragen und Informationen stehen Ihnen der Generalkonsul der Republik Kasachstan in München Dr. Denis Rogov (Tel.: 089/909 010 60, E-Mail: d.rogov@mfa.kz), der Leiter der Wirtschaftsabteilung, Botschaftsrat Dauren Akberdiyev (Tel.: 030 47 007 133, E-Mail: d.akberdiyev@mfa.kz), und der Regionaldirektor Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Eduard Kinsbruner, e.kinsbruner@oa-ev.de zur Verfügung.

9. Tipps & Links

Die Kanzlei GlassLutz hat auf ihrer Internetseite nochmals die wichtigsten Neuerungen durch das **neunte EU-Sanktionspaket** zusammengefasst:

[Außenwirtschaftsrecht Update: Neuntes EU-Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet | Gleiss Lutz](#)

In den neuen **Russland-Analysen**, die kurz vor Weihnachten erschienen, geht es diesmal vor allem um die schwierige demographische Entwicklung im Land, die sich durch Kriegsverluste und Exodus nochmals verschärfen dürfte:

[Russland-Analysen Nr. 429 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Wichtige Kontakte zu Sanktionen:

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss